Nummer 8 — Halle, Sonntag, den 10. Januar 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 1a u. Dr. Bonhoeffer Straße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Postscheck-Konto: „Saalezeitung Halle/Saale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Gladner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Geschäftsstunden u. Geschäftsleitung: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der ungarische Reichsverweser Horthy,
der anläßlich der ungarischen Frankenfälschungsaffäre viel genannt wird.

*

Die Londoner „Evening Times" melden aus Paris, die Verhandlungen über die deutsche Luftfreiheit haben am Donnerstag zur Paraphierung der Vereinbarungen geführt. Wenn die deutsche Regierung die geforderten Sicherheiten nachträglich gutheißt, wird die nächste Botschafterkonferenz bereits die Milderung der deutschen Luftfahrtkontrolle beschließen können.

*

Dem Pariser „Matin" zufolge ist der Botschafterrat in der Entwaffnungsfrage zu einer Sitzung auf Donnerstag kommender Woche einberufen.

Dem Pariser „Echo" zufolge hat die Interalliierte Militärkommission in Berlin Auftrag zu einer nochmaligen Inspizierung erhalten, soweit der letzte Bericht Anlaß zur Nachkontrolle gegeben hat. Mitglieder der Interalliierten Militärkommission sind bereits Mittwoch früh von Berlin in das Ruhrrevier abgereist.

*

Die Ermittlungen der Reichsfalschgeldstelle haben ergeben, daß keine ungarischen Fälschungen im Reichsgebiet vertrieben sind. Soweit die Person des ungarischen Reichsverwesers Horthy von der deutschen Presse mit der Kriminalaffäre des Prinzen Windischgrätz in Verbindung gebracht wird, hat die ungarische Gesandtschaft Vorstellungen im Auswärtigen Amt erhoben.

*

Das Prager Blatt „Narodni Politika" kündigt ein gemeinsames Einschreiten der Kleinen Entente zum Zwecke der Bewirkung einer ungarischen Entschädigung für die Fälschungen tschechischer, südslawischer und rumänischer Staatsnoten an.

*

Die optimistischen Meldungen der letzten Wochen von der günstigen Gestaltung der Verhandlungen über Freigabe der deutschen Vermögen in Nordamerika werden durch eine „Times"-Meldung aus Washington widerlegt, wonach der Senat die Besprechung der zwei Anträge gegen die Freigabe auf Mitte Februar verschoben hat. Vor der Erledigung im Senat sei aber auch keine Regierungsentscheidung über die Freigabe zu erwarten.

*

In Brixen in Südtirol ist der Sohn des früheren deutschnationalen Abgeordneten Ursin, Kandidat der Medizin, von den faszistischen Behörden festgenommen worden. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um einen Uebergriff faszistischer Organe handelt, wie sie in den letzten Wochen in Südtirol wiederholt vorgekommen sind.

*

Durch deutsche und ausländische Zeitungen ist kürzlich die Nachricht gegangen, daß in Doorn von einer ausländischen Filmgesellschaft Aufnahmen gemacht wurden, deren Vorführung insbesondere in englischen Lichtspieltheatern starken Widerspruch begegnet habe. Wie der „Kreuzzeitung" aus Doorn geschrieben wird, handelt es sich hierbei um Filmaufnahmen eines Haager Photographen der schon früher Aufnahmen in Doorn gemacht hatte. Der Film war nur für den engsten Familienkreis in Doorn bestimmt. Entgegen der Verabredung hat ihn der Photograph in die Oeffentlichkeit gebracht.

*

Wie tschechische Blätter melden, hat die tschechische Regierungskoalition einen Tag vor den Wahlen im November 1925 über 23 Millionen Staatsgelder unter sich verteilt, die einzelnen genossenschaftlichen Unternehmungen der Parteien zukamen. Den Grund dieses Vorgehens bildete die Furcht, daß die Koalition sich nach den Wahlen nicht mehr in der früheren Form zusammenfinden könnte -- Schöne Blüten des Parlamentarismus!

Die Krisis des Parlamentarismus.

Die Demokraten bei Dr. Luther.

Dr. Luther ist gestern vom Reichspräsidenten zu längerer Besprechung empfangen worden.

Im Reichstag haben bereits Freitagfrüh Besprechungen der Abgeordneten begonnen. Etwa ein Drittel aller Reichstagsabgeordneten ist bereits in Berlin eingetroffen. Daß der Reichspräsident zunächst neue Parteieinformationen nicht einholen wird, wurde gestern früh im Reichstag bekanntgegeben.

Von den demokratischen Abgeordneten ist erklärt worden, daß Luthers Bemühungen, die Unterstützung der Demokraten zu finden, ohne Erfolg bleiben wird. Das neue Kabinett Luther könne nur ohne die Demokraten zustande kommen.

Wie mehrere Blätter melden, ist nach den gestrigen Besprechungen des Reichspräsidenten mit dem Reichskanzler Dr. Luther und den Reichsministern Dr. Geßler, Dr. Stresemann, Dr. Brauns eine weitere Unterredung mit Dr. Luther für heute vormittag in Aussicht genommen. Die Blätter halten es für zweifelhaft, ob im Anschluß daran eine Entscheidung getroffen werde. Laut „Täglicher Rundschau" spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Fraktionssitzungen abgewartet werden, ehe seitens des Reichspräsidenten weitere Schritte erfolgen.

Die Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten treten zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre am Dienstag, dem 12. Januar, nach der Vollsitzung zusammen. Die Zentrumsfraktion des Reichstags und des preußischen Landtages versammeln sich bekanntlich zu einer gemeinsamen Sitzung bereits am Sonntag, dem 10. Januar.

Erleichterung des Dawesplanes?

Die Londoner „Times" melden aus Washington: Das Ergebnis der Konferenzen des Generalagenten für deutsche Reparationszahlungen Parker Gilbert in Washington wird jetzt so weit bekannt, daß die Erfüllung des Dawesplanes erleichtert werden soll. Dieses **prinzipielle Zugeständnis bedeutet aber nur die Einleitung von direkten Verhandlungen zwischen den Alliierten unter Zuziehung des Generals Dawes, die die nächsten Monate in Anspruch nehmen werden. Eine unmittelbare Gefahr für die Daweszahlungen der nächsten Monate wurde angesichts des unverändert vorhandenen Erfüllungswillens Deutschlands für nicht vorliegend angesehen.**

Der Havasagentur zufolge hat die Reparationskommission Herrn Parker Gilbert zur Teilnahme an der Reparationssitzung am 23. d. M. eingeladen. Das Pariser „Journal" glaubt, daß innerhalb der Reparationskommission die Vorbesprechungen über eine „Sicherung der Daweszahlungen bei einem Fortschreiten des deutschen Wirtschaftsverfalls" bereits aufgenommen sind, daß aber noch Wochen und Monate vergehen werden, bis die Frage einer Hilfe Amerikas akut werden wird.

Uebereinkommen zwischen Deutschland und Oesterreich in der Sozialversicherung.

Die im Auftrag der deutschen und österreichischen Regierung geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages auf dem Gebiete der Sozialversicherung wurden gestern abgeschlossen und das bezügliche Uebereinkommen von dem österreichischen Gesandten Dr. Frank und dem Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. v. Baligand sowie den beiden genannten Unterhändlern unterzeichnet.

Das Uebereinkommen setzt die völlige Gleichstellung der Angehörigen der beiden Staaten in sozialversicherungsrechtlicher Beziehung vor und bietet die Grundlage zu einem innigen Zusammenarbeiten der beiderseitigen Versicherungsträger. Besonders zu erwähnen ist, daß auch die in der Deutschen Angestellten- und der Oesterreichischen Pensionsversicherung erworbenen Beitragszeiten einander gleichgehalten werden so daß die Gefahr des Verlustes der aus diesen Versicherungen erworbenen Anwartschaften beim Wechsel der Beschäftigung, die mit einer Uebersiedlung in das andere Staatsgebiet verbunden ist, ausgeschaltet wird.

Das Uebereinkommen wird nunmehr ehestens den beiderseitigen parlamentarischen Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden, um den Austausch der Ratifikationsurkunden bald vornehmen und so das Uebereinkommen in Kraft setzen zu können.

Eine Ratifikation dieses Abkommens ist nur dringend zu wünschen, es würde geradezu ein Musterbeispiel unaufsälliger und doch sehr wirksamer Anschlußpolitik sein.

Anhalt gegen Anschluß an Preußen.

In der Landtagssitzung teilte Ministerpräsident Deist mit, daß es dem Staatsministerium während der letzten Tage des alten Jahres gelungen sei, in Berlin durch Vermittlung des Hamburger Bankhauses Warburg eine zweieinhalb Millionen-Dollar-Anleihe langfristig zu 7 Prozent bei einem Auszahlungskurse von 91,35 abzuschließen. Ferner gelang es, langfristig für die Salzwerke acht Millionen aus der Kalianleihe und eine Million von der Reichsversicherung zu erhalten. Damit seien die kurzfristigen Schulden des Staates konsolidiert, dessen Abschluß kein Defizit und dessen Haushalt keinen Fehlbetrag aufweise. Das Vermögen des Staates betrage 250—300 Mill.

Das Ministerium denke nicht an einen Anschluß an Preußen, dessen finanzielle Verhältnisse nicht besser lägen als die Anhalts.

Neue Lohnforderungen in Berlin.

Wie wir erfahren, haben die Berliner Betriebsräte beschlossen, unabhängig von den Gewerkschaften sofort in eine neue Lohnbewegung zu treten. Eine Konferenz sämtlicher Betriebsräte, zu der auch Betriebsräte aus dem Reiche erwartet werden, findet am 17. Jan. in Berlin statt. Inzwischen jetzt sich der Abbau in der notleidenden Berliner Industrie fort. In der Holzindustrie sind wegen Kreditmangels 1100 Kündigungen erfolgt. — Neue Lohnforderungen können nur den jetzt unverkennbar einsetzenden Preisabbau bereiteln und keine Erhöhung des Reallohns, wohl aber weitere Arbeitslosigkeit bringen.

*

Die Preisgestaltung in Groß-Berlin hat in der laufenden Woche zu den ersten wesentlichen Preisrückgängen geführt. Butter ist auf 2 M., Fett um 10 Prozent, andere Lebensmittel bis zu 6 und 8 Prozent im Preise zurückgegangen. Die Reichsregierung hat, wie bereits gemeldet, die Wirtschaftsverbände zu neuen Verhandlungen über die Preisherabsetzungen auf den 17. Februar berufen.

Der durchschnittliche Berliner Börsen-Roggenpreis für 50 Kilogramm betrug in der Woche vom 21. bis 22. Dezember 1925 ab märzischer Station 7,20 Reichsmark. — Solche Preise bedeuten den Ruin der Landwirtschaft und damit der Industrien und des Handels, die vom Absatz an die Landwirtschaft leben.

Aus Berlin wird gemeldet: Die letzten acht Tage haben 111 Konkursanträge im Reiche gebracht.

*

Die „Agenzia di Roma" berichtet, daß am 30. November v. J. die Zahl der Arbeitslosen in Italien 112 059 betrug. — Zehnmal weniger als bei uns!

Die Gesamtzahl der seit 1918 in der Tschechoslowakei aufgelösten deutschen Schulen hat die Ziffer 300, die der Schulklassen die Ziffer 3768 erreicht. Der Gesamtverlust des deutschen Schulwesens beträgt ein Viertel seines ursprünglichen Standes.

*

Das offizielle Organ des Schweizer Gewerkschaftsbundes nimmt Stellung gegen die Entsendung einer Studiendelegation nach Rußland und betont, daß der Schweizer Gewerkschaftsbund dringlichere Aufgaben habe. Er solle sich in erster Linie mit den Fragen der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialpolitik befassen. — Praktische Leute, diese Schweizler!

*

Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Angora: Die Nationalversammlung erklärte Konstantinopel zur zweiten Hauptstadt der Türkei und nahm einstimmig eine Resolution an für ein internationales Abkommen über die Sperrung der Meerengen für Kriegsschiffe.

*

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Teheran: In Täbris (Persien) ist die Provinzregierung gestürzt und ein Arbeiter- und Bauernrat nach russischem Vorbild eingesetzt worden.

„Freiheit, die ich meine".

Ein gar zu schönes Wort: „Freiheit"! Will ein Ehrgeiziger irgendwelche politischen Ziele erreichen, zu denen er wegen seiner Kenntnisse und Fähigkeiten nicht recht berufen ist, so braucht er nur das Wort „Freiheit" auszurufen und die Tür zum Herzen des Volkes tut sich ihm auf, wie im Märchen von Aladins Wunderlampe die geheimnisvolle Schatzkammer von dem „Sesam, Sesam, tu dich auf".

Oder einen anderen Vergleich: Sie kennen doch die kleinen Fischchen aus glänzendem Blech, die man im Wasser hinter sich herschleppt und auf die der schlaueste Hecht anbeißt? Genauso das Wort „Freiheit": man schleppt es so recht glitzernd (und blechern) auf dem politischen Fischzug hinter sich her und die Leute beißen an, daß man binnen fünf Minuten sein Mittagessen eingeheimst hat.

„Freiheit" — Schön. Sehr schön. Glänzt wie Silber. Aber: Freiheit wovon? Denn irgend etwas, von dem man frei sein will, gehört doch nun einmal zu dem Wort „Freiheit", wenn es nicht einfach ein bloßer Klang mit „ei-ei" aber ohne Sinn sein soll.

Bekanntlich hat die Revolution uns „Freiheit" geben sollen (das behaupten übrigens alle Revolutionsführer und sonstige Aladins mit Wunderlampen und politische Angler mit Blechköder), aber: Freiheit wovon?

Da höre ich einen von dieser politischen Anglergilde rufen: „Freiheit von den Tyrannen!" (womit er die einstigen Fürsten meint). Also schön: Freiheit von den Fürsten. Aber nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: was haben Ihnen diese Leute, die Fürsten, eigentlich getan, daß wir sie so unbedingt los sein mußten? Von mir persönlich kann ich nur berichten — bei Ihnen könnte es ja anders gewesen sein —, daß sie mir kaum jemals im Leben vor die Augen gekommen sind, daß sie mir nie etwas zuleide getan haben und daß sie mir im übrigen als Herren von großer Liebenswürdigkeit und sehr angenehmen Umgangsformen in der Erinnerung sind. Allerdings habe ich nie im Hofdienst gestanden, kenne sie also nur sehr von weitem. Aber ich schätze, daß es 62,9 Millionen von den 63 Millionen unseres Volkes genauso geht.

Daß wir von diesen „Tyrannen", die keinem von uns 62,9 Millionen je zu nahe getreten oder auch nur näher bekannt geworden sind, nunmehr „frei" sind das mag ja sehr schön sein, genauso schön, wie das ganze Wort „Freiheit". Aber erlauben Sie eine Frage: Was haben eigentlich Sie und was habe ich von dieser „Freiheit"?

Statt der Fürsten regieren mich und Sie jetzt Herren, die meist nicht so fürstliche Namen und Umgangsformen haben und fortgesetzt wechseln, so daß man sie noch viel weniger persönlich kennenlernt. Was das für Vorteile für Sie und mich haben soll, sehe ich nicht recht, denn regiert werden wir nach wie vor, nur daß das Regieren uns Untertanen dreimal soviel Geld als früher kostet.

Ich finde also, der Wert dieser neuen „Freiheit" wird stark übertrieben.

Ein anderer Verfechter der Freiheit ruft mir zu: „Freiheit vom Militarismus!" Da ich den Landsmann nicht reizen will, versage ich es mir, ihm zu antworten, daß wir doch nur für den eigenen Militarismus den der Franzosen usw. eingetauscht haben, der uns in einer Weise drückt, wie es der eigene Militarismus nie getan hat. Also frage ich den Herrn Vorredner (der uns freilich nichts „vorreden" kann): „Ja, was hat denn diese „Freiheit vom Militarismus" mit „Freiheit" zu tun? Sie ist uns doch von Fremden aufgezwungen (was man nicht gut als Beweis unserer Freiheit bezeichnen kann), und zwar von Fremden, die selber die Demokratie und „Freiheit" und trotzdem den tollsten Militarismus haben, der je existiert hat. Dem Segen solcher „Freiheit vom Militarismus" vermag ich beim besten Willen nicht zu trauen und Sie vermutlich ebensowenig.

Im übrigen, ich weiß gar nicht, war denn der einstige Militarismus wirklich so schlimm? oder war er etwa auch nur so, wie die „Tyrannei" der Fürsten? Sie und ich, wir kennen doch diese unzählige Leute — und sie gehören ganz gewiß nicht zu den Schlechtesten —, die noch heute geradezu mit Begeisterung an ihre Militärzeit zurückdenken. Und dann wollen wir beide, wenn wir auch aus der schönsten Jugendzeit heraus sind, doch nicht gar zu einseitig und selbstisch sein und die jungen Mädels nicht ganz vergessen: die sind nämlich, wenn ich nicht ganz und gar falsch beobachtet habe, von der „Freiheit vom Militarismus" durchaus nicht so entzückt und würden viel lieber darauf verzichten. Und schlägt nicht auch Ihnen das Herz heute noch beinahe so freudig wie unseren Dreikäsehochs, wenn man wieder einmal so einen recht schneidigen flotten Regimentsmarsch hört? Die „Freiheit von der Militärmusik" ist also ganz gewiß kein zu riesiger Gewinn.

Von anderen Seiten der Sache, z. B., daß man beim Militär erst einmal so richtig seine Knochen — und mitunter auch erst seinen Verstand — brauchen lernte, daß man Zug und Schmiß bekam, den man im ganzen Leben glänzend brauchen konnte, von all dem will ich gar nicht erst reden. Wir sind uns ja sowieso einig: an den Segen dieser „Freiheit" vom „Militarismus" glaubt doch kein Mensch, — — sonst würden ja auch die Linksleute nicht so „wild" auf den Militarismus sein, daß sie ihn bei ihrem Reichsbanner und Rotfrontkämpferbund ganz freiwillig wieder einführten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260110017/fragment/page=0001

Da ruft mir ein Dritter zu: „Freiheit vom Polizeiknüppel!“ und das kommt mir ganz besonders bekannt vor. In deutschen Linkszeitungen vor dem Kriege und besonders im Ausland konnte man das tausendfach lesen und hören. Wenn Sie aber jetzt einen Auslanddeutschen oder auch Ausländer fragen, ist er merkwürdig still davon geworden. Das war nämlich nichts als Auslandspropaganda unserer Feinde, die von gewissen, sich ganz besonders schlau dünkenden Deutschen gedankenlos nachgeplappert wurde. Und wie steht es jetzt mit dieser „Freiheit“? Sicher ist, daß in unserem lieben deutschen Vaterlande noch nie soviel gegaunert und gestohlen, gehauen und gestochen und geschossen worden ist, wie seit der neuen Freiheit. „Freiheit vom Polizeiknüppel“? Jawohl, für alle Art von Spitzbuben und Halunken. Und weil das für die überwiegende Mehrheit des Volkes durchaus keine vorteilhafte Freiheit war, deshalb machte man kurz kehrt und steht heute mehr Polizei und Polizeiknüppel als je zuvor. Als ruhiger Bürger kann ich wegen der Vermehrung der Missetäter zu dieser Vermehrung der Polizei nur sagen: „Gott sei Dank!“, aber wo da der Fortschritt und Segen der „Freiheit“ stecken soll, weiß ich beim besten Willen nicht.

„Freiheit vom Kapitalismus!“ ruft ein Vierter. „Erlauben Sie mal,“ muß ich ihm erwidern, „noch nie hat es bei uns soviel wirtschaftlich Abhängige, Unfreie gegeben, als seit man im Namen der Freiheit den größten Teil des freien Mittelstandes durch die Inflation zu Unfreien gemacht hat, noch nie vorher hat das Geld, das Kapital, sich in so widerlicher Weise vorgedrängt wie heute, so daß all das, was früher in Ehre und Ansehen stand, wie edle Geistesbildung oder Gradheit und Schlichtheit des Charakters, noch nie so niedrig im Kurs stand wie heute. Erst seit wir diese „Freiheit“ haben, gibt es wirklich „Proletarier“, gibt der, der nichts hat, in den Augen dieser „Freien“ nicht viel mehr als ein Lump. Und würde etwa sonst ein solch übles Wettrennen nach gutbezahlten Stellen, statt nach dem Ruhm edler Bildung und anständigen Charakters eingesetzt haben, wenn der Kapitalismus entthront und nicht viel mehr durch die „Freiheit“ erst zum Herrn und Maß aller Dinge gemacht worden wäre?“

* * *

Vielleicht kann der eine oder andere Leser mir noch sonstige Uebel nennen, von denen wir frei geworden sind. Mir selber ist vor lauter „Freiheiten“, die sich die Leute heute herausnehmen, so wirr vor den Augen, daß ich anscheinend den Wald vor Bäumen und vor Freiheiten die Freiheit nicht sehe. Aber im stillen hätte doch auch ich so meine Freiheitswünsche, und wenn die erfüllt würden, sähe sich das Leben vielleicht etwas rosiger an als in der jetzigen „Freiheit“. So wünschte ich mir ganz besonders mehr „Freiheit von der Politik“, denn die Politik raubt uns die Ruhe und verdirbt uns das Leben in bald unerträglicher Weise mit ihrem ewigen hin und her und Zank und Streit und ewigen neuen Sorgen. Oder ich wünschte mir mehr „Freiheit von Steuererfindern, Steuergesetzen und Steuererhebungen“; ich kann nämlich nicht finden, daß die Freiheiten, die sich der heutige Staat in dieser Beziehung den „freien“ Staatsbürgern und ihren mager gewordenen Portemonnais gegenüber herausnimmt, eine so besonders große und erfreuliche Bereicherung unseres Lebens darstellen.

Ich könnte auch noch einige andere Freiheiten nennen, die ich mir wünschte, aber ich fürchte, mich bei den Freiheitsanbetern gar zu mißliebig zu machen, denn ich bin in punkto Freiheit so entsetzlich nüchtern und hausbacken und kann mich so gar nicht für leere Redensarten begeistern. Es geht mir da wie dem Mephisto: „Der Teufel ist ein Realist“, „Die Freiheit, die ich meine“, die müßte so richtig greifbar und gewissermaßen zum Reinbeißen sein, aber nicht so wie Lämmerwölkchen, die weiß und fern da irgendwo am Himmel schweben. Nicht so, wie die „Freiheit“ von heute.

Dr. H. Elze.

Der auswärtige Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses genehmigte einstimmig die Vorlage, wonach für die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf 50 000 Dollar bewilligt werden sollen. Ein Zusatzbeschluß bestimmte, daß nur eine Teilnahme, keine Mitarbeit Amerikas erfolgen solle.

Die Frage der Fürstenvermögen im Reichstagsausschuß.

Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde am Freitag die Beratung der Anträge auf gesetzliche Regelung der „Abfindung“ der ehemaligen Fürstenhäuser fortgesetzt. Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erklärte, die preußische Staatsregierung habe den bekannten Vergleich mit dem Hohenzollernhaus abschließen müssen, weil damals auf eine reichsgesetzliche Regelung der Frage nicht zu rechnen war und weil die gerichtliche Austragung der Auseinandersetzungsprozesse die preußischen Finanzen sehr geschädigt hätte. Bei dieser Rechtslage sei nur der Weg des Vergleichs übriggeblieben. Der Vergleich sei geschlossen vorbehaltlich der Zustimmung des Staatsrats und des Landtags.

Wenn jetzt durch reichsgesetzliche Regelung eine andere Möglichkeit der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit dem Königshause geboten sei, so würde die preußische Staatsregierung den Vergleich zwar dem Landesparlament vorlegen, ihn aber nicht zur Genehmigung empfehlen, sondern vorschlagen, von der Ermächtigung des Reiches Gebrauch zu machen.

Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit den vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen der thüringischen Staatsregierung mit den verschiedenen thüringischen Fürstenhäusern. Der thüringische Finanzministerialrat Klüchner erklärte, die thüringische Regierung würde nicht einer vollständigen Enteignung der Fürstenhäuser zustimmen, wohl aber einer Regelung durch Landesgesetz über Reichsgesetz.

Der Minister schilderte dann den Stand der Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden thüringischen Fürstenhäusern. Dabei teilte er mit, daß der frühere Herzog von Altenburg den von ihm 1919 mit der thüringischen Regierung abgeschlossenen Abfindungsvertrag im Januar 1925 gerichtlich anfechten habe.

Als von sozialdemokratischer Seite nach den Anfechtungsgründen gefragt wurde, erklärte der Minister, darauf könne am besten der in seiner Nähe sitzende deutschnationale Abgeordnete Everling antworten, der als Rechtsbeistand des Herzogs von Altenburg die Anfechtung begründet habe. Diese Erklärung löste auf der linken Seite große Bewegung aus und führte zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte. Die Redner der Sozialdemokratie bezeichneten es als unerhört, daß ein Abgeordneter an der gesetzlichen Entscheidung über einen Fall mitwirke, an dem er persönlich als Rechtsanwalt einer der beteiligten Parteien interessiert sei. Ihnen schlossen sich die Kommunisten an, und die Vertreter der Demokraten und des Zentrums erklärten, die Beteiligung eines solchen Abgeordneten an der Beratung widerspreche den parlamentarischen Gepflogenheiten und sie würden in einem solchen Falle den Abgeordneten aus dem Rechtsausschuß zurückziehen.

Abg. Everling (Dnat.) widersprach dieser Auffassung und betonte, hier handle es sich um eine allgemeine politische Entscheidung, die seine materiellen Interessen in keiner Weise berühre. Der Vertreter der Völkischen schloß sich dieser Auffassung an. Der Vertreter der deutschnationalen Fraktion erklärte, dieselbe werde die gegen die weitere Beteiligung des Abg. Everling an den Ausschußberatungen vorgebrachten Bedenken prüfen.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung hielten die gegen die weitere Beteiligung des Abg. Everling vorgebrachten Bedenken für übertrieben. Es handle sich hier nicht um eine Frage des Rechts, sondern des Taktes und des Geschmacks. — Der Ausschußvorsitzende Abg. D. Kahl (Dvp.) warf die Frage auf, ob der Ausschuß seine in mehreren Auseinandersetzungsfällen geübte Tätigkeit als Schiedsrichter mit seinem Vorsitzenden damit für vereinbar halte. Im andern Falle würde er sofort den Vorsitz niederlegen und aus dem Ausschuß ausscheiden. Von den Vertretern aller Fraktionen, auch der kommunistischen Fraktion, wurde daraufhin erklärt, daß in die unbedingte Objektivität des Vorsitzenden D. Kahl von keiner Seite Zweifel gesetzt würden. — Die Ausschußverhandlungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Wie die Franzosen hetzen!

Der Pariser „Matin“ bringt eine Räubergeschichte über ein in Bayern geschmiedetes ungeheures Komplott, das seit Oktober in allen Einzelheiten mit Zustimmung des ehemaligen Kaisers Wilhelm vorbereitet sei und das darauf abzielte, die Karte von Mitteleuropa umzugestalten. Erzherzog Albrecht habe in den letzten Monaten eine starke und zugleich methodische Tätigkeit entfaltet. Er habe eine Begegnung mit dem deutschen Kronprinzen und mit dem bayerischen Kronprinzen gehabt. Sie hätten gemeinsam eine Art Vertrag unterzeichnet, durch den sie im Falle eines Erfolges Oesterreich „unter Bayern und Deutschland“ aufteilen wollten.

Der Erzherzog habe sich darauf nach Rom begeben und dem Versuch gemacht, Mussolini für seine Sache zu gewinnen, und habe sich auch mit den Führern der römischen nationalen Parteien in Verbindung gesetzt. Schließlich habe er, um seine Stellung in Budapest zu konsolidieren, sich zum Vorsitzenden der Christlichen Gewerkschaften ernennen lassen. Er habe geglaubt, daß Frankreich nicht in der Lage sei, zu intervenieren, da es vor dem Zusammenbruch und vor einer Revolution stehe. Der Erzherzog habe geglaubt, daß sich England desinteressieren werde, und habe auch angenommen, daß der Reichsverweser Horthy für ihn sei. Graf Apponyi habe seine Pläne dann durchkreuzt.

Wenn man das liest, kann einem ganz gruselig werden. Und das ist ja auch der Zweck: es soll in Frankreich gegen Deutschland und zugleich in Deutschland gegen die Rechtsparteien gehetzt werden. Wie gewöhnlich bei französischen Hetzereien, ist an der ganzen Geschichte kein wahres Wort. Auf Grund amtlicher Feststellungen wird aus München folgendes bekanntgegeben:

Zu der Räubergeschichte des „Matin“ über ein in Bayern geschmiedetes Komplott zwischen dem ungarischen Erzherzog Albrecht, dem früheren deutschen Kronprinzen und dem Kronprinzen Rupprecht von Bayern für die Aufteilung Ungarns ist festzustellen, daß diese Behauptung schon im Sommer 1925 und dann wieder im November aufgetaucht.

Zu der angeblichen Zusammenkunft in Mondsee stellte die Vertretung des Kronprinzen Rupprecht schon damals fest, daß Kronprinz Rupprecht nicht in Mondsee war, auch den deutschen Kronprinzen seit Oktober 1924 nicht mehr gesehen hat und daß alle an diese angebliche Zusammenkunft geknüpften Kombinationen aus der Luft gegriffen sind.

Der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbureaus ist gegenüber der neuerlichen Behauptungen des „Matin“ zu der ausdrücklichen Feststellung ermächtigt, daß Kronprinz Rupprecht auch den Erzherzog Albrecht seit Jahren nicht mehr gesehen hat und keinerlei Fühlung mit ihm unterhält. Auch diese Kombinationen des „Matin“ stellen sich demnach als freie Erfindung dar.

Bedauerlich ist nur, daß unsere Linke den Franzosen immer wieder Material zu so unsinnigen Behauptungen liefert, indem sie aus Angst, daß das Volk endlich hinter den völligen Bankrott der Linkspolitik kommt, die Aufmerksamkeit durch Andeutungen über angebliche monarchistische Pläne abzulenken sucht, an die kein verständiger Mensch glaubt. In unserer jetzigen Wirtschaftsnot haben wir wahrhaftig dringendere Aufgaben.

Zur Knappschaftsversicherung.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat in der Beguatchtung des Gesetzentwurfs über Abänderung des Reichsknappschaftsgesetzes eine Reihe von Verbesserungen empfohlen, von denen die folgenden erwähnt seien:

In 25 Dienstjahren sollen die Renten 37,5 Prozent des Endjahres der jeweiligen Lohnklasse erreichen. Der Berufsunfähigkeit soll die Erreichung des 50. Lebensjahres gleich erachtet werden, wenn mindestens 300 Beitragsmonate und davon 180 Monate wesentlicher bergmännischer Arbeit nachgewiesen sind. Die Rente soll 80 Prozent der verdienten knappschaftlichen Invalidenpension betragen. Zur Erleichterung der jetzt bestehenden Renten- und Anwartschaftslast soll aus Reichsmitteln eine Beihilfe gewährt werden. Zu den laufenden Leistungen der knappschaftlichen Pensionsversicherung ist ein Reichszuschuß in gleicher Höhe wie bei der Invalidenversicherung zu zahlen. Der Anfangsbetrag der Altersrenten für Angestellte soll ebenfalls auf achtzig Prozent festgesetzt werden. Der Industrie Steine und Erden soll das Ausscheiden aus der Knappschaft im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsknappschaftsverein ermöglicht werden.

Hochwasserkatastrophe und Landtag.

Im Preußischen Landtag ist ein Uranitrag der Deutschen Volkspartei eingegangen, in dem das Staatsministerium

1. mit Rücksicht auf das neue Hochwasser ersucht wird, die anläßlich der Hochwasserschäden von 1919/20 und 1924 gegebenen Staatskredite von den betroffenen Gemeinden und Einzelpersonen nicht zurückzufordern,

2. für hinreichende Zufuhr von Holz und Kohle zwecks schleuniger und umfassender Austrocknung der Wohnungen zu sorgen,

3. den in Not Befindlichen bis auf weiteres Steuerstundung zu gewähren,

4. soweit die Landwirtschaft durch Vernichtung von Winterfaaten und Futtermitteln betroffen ist, ausreichende Kredite zu billigem Zinsfuß zwecks Beschaffung von Saatgut und Futtermitteln zur Verfügung zu stellen,

5. zu erwägen, ob und wie dem Bedürfnis vieler Berufsstände, vorübergehend eine Stundung der Zahlungen und eine Aussetzung von Zwangsversteigerungen zu erreichen, entgegengekommen werden kann, und

6. den geschädigten Gemeinden und Gemeindeverbänden ausreichende Unterstützungen oder Kredite zu gewähren.

Falsche Darstellung über den Heereshaushalt.

Im offiziellen Organ der Sozialdemokratie, dem „Vorwärts“, waren dieser Tage zu Hetzzwecken über den Haushaltsentwurf für das Reichsheer Mitteilungen verbreitet, die irrige Anschauungen zu erwecken geeignet sind.

Demgegenüber wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Für den Heereshaushalt sind für 1926 64 Millionen mehr angefordert als für 1925. Hiervon entfallen über zwei Drittel, nämlich 45,5 Millionen auf die allgemeinen Gehaltserhöhungen, die im vergangenen Jahre eingetreten sind. Durch im Vertrag von Versailles festgesetzte Zahl der Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften hat sich nicht verändert. Die weiteren 18,5 Millionen dienen nicht umfangreichen Anschaffungen an Waffen und Munition, sondern finden ihre Erklärung in der Erhöhung aller Verpflegungskosten seit dem 1. April 1925. Diese wird auch durch die genannten 18,5 Millionen noch nicht ausgeglichen.

Die in der Finanzlage des Reiches begründete Notwendigkeit, zu sparen, hat nicht einmal zugelassen, bezüglich der Ausstattung der Waffen und Munition die Möglichkeiten zu erschöpfen, die den Festsetzungen der Interalliierten Militärkommission entsprechen hätten.

Kein Erzberoermörder.

Aus Graz verlautet: Der unter Verdacht des Mordes an Erzberger in Bad Aussee verhaftete vermeintliche Heinrich Schulz hat nunmehr angegeben, mit seinem richtigen Namen Heinrich Bogt zu heißen. Er sei Mitglied eines Geheimbundes in Deutschland, stehe aber dem Morde an Erzberger vollkommen fern. Infolge eidlicher Verpflichtung könne er über seine persönlichen Verhältnisse keine weiteren Auskünfte erteilen. Er ersuchte, dem Kreisgericht Leoben zugeführt zu werden, was heute oder morgen geschehen wird.

Die große türkische Nationalversammlung nahm ein Gesetz an, das die Einführung des Gregorianischen Kalenders und des 24stündigen Tages vorsieht.

Berliner Schattenrisse.

Beginnende Saisonbälle im Berliner Montmartre — Amerikanische Jazzmusik über den Ozean — Der gefährdete Fuhrgänger — Hundesterben — Der Hund mit dem Goldzahn — Im Pfandhaus — Der Ball „unter Geschäftsaufsicht“.

Die Berliner „Gesellschaft“ beginnt so allmählich mit den großen Festrummel: Filmball, Pressefest, Sportfest, Sezessionsball und die Fülle der „Mobilmachungsveranstaltungen“ beschäftigt die Gemüter, vor allen der Damen, die in fliegender Eile durch sämtliche Ausverkäufe gejagt sind und mancherlei unnütze Dinge zu „fabelhaft“ billigen Preisen erhamstert haben!

Ein ganz besonderer Reiz für die Berliner ist es in dieser Saison, daß sie nach amerikanischer Tanzmusik foxtrotten und shimmien können. Seit dem 15. Dezember nämlich hat im Aether der Austausch internationaler Höflichkeiten begonnen, und zwar zunächst in der Form von Tanzmusik. In demselben Augenblick, wo drüben die Jazzbanden losrasen, klingen ihre wilden Weisen schon hier an unser Ohr! Denn die elektrischen Wellen legen nicht weniger als 300 000 Kilometer in der Sekunde zurück.

Eine besondere Note echt Berliner Fröhlichkeit ist im Südosten, dem sog. Montmartre zu finden, da gibts noch urwüchsige Fröhlichkeit, die sich nicht erst die Luft am Tanzen durch so ausgefallene Reize, wie amerikanische Jazzband (echt) zuggerieren lassen muß! Die schönste Station ein „Tanzelitgiett“ befindet sich in der Inselstraße, im Tanzsaal der jungen Schiffer. Dort wird ein Tanz geschwoft, der von einer Grazie und Eigenart ist, daß man beinah vergißt, in „Spreeathen“ zu sein, das die Musen ja bekanntlich nicht zu ihrem Lieblingsaufenthalt erwählt haben. Eine Art von Polka von scharfer Rhythmik und herzerfrischender Wildheit hält die Schifferkneipe bis zum frühen Morgen in Atem, eine quirlende Lustigkeit reißt auch den „bofften“ Zuschauer in ihren wilden Taumel! Etwas weniger temperamentvoll, aber auch noch naturwüchsig sind die „Bölle“ und der „Trichter“, überall trifft man Jugend, nette kleine Mädchen, die den ganzen Tag im Beruf sitzen und zu Hause nichts haben, als graue Wände und wenig zu essen.

Bei dem immer mehr zunehmenden Verkehr der Reichshauptstadt werden die Gefahren für den unglücklichen Fußgänger täglich größer. So kann man es mit Freuden begrüßen, daß ein ebenso witziger, wie wohlwollender Kopf den Vorschlag gemacht hat, statt oder lieber noch außer den Führerscheinen für die Automobilfahrer „Geherscheine“ für die Passanten einzuführen! Denn es geht doch auf die Dauer nicht an, daß die Statistik der verstorbenen Berliner ergibt, daß dieses Volk größtenteils am Straßenverkehr zugrunde geht. Jährlich werden von diesem Moloch so viele Leute verschlungen, wie in einer mittleren Schlacht! Und warum sollen immer nur die Fahrzeuge verantwortlich gemacht werden? Die Straßenbahnwagen kommen schon deswegen nicht in Frage, weil sie in den verkehrsreichsten Gegenden, z. B. der Leipziger und Potsdamer Straße meistens nicht fahren, sondern stehen, so daß die Straßen den Eindruck machen, als seinen sie mit den Wagen der Elektrischen möbliert. Daß die Autobusse eine gefährliche Angelegenheit sind, das weiß nun allmählich jedes Kind, und daß man die Chauffeure nicht verantwortlich machen kann, wenn die Passanten ihnen direkt in den Weg laufen, dagegen kann sich auch kein Mann von Vernunft verschließen ..... Also man folge dem Rat des Menschenfreundes und verlange die Anlegung einer Prüfung in „Gehen“! Leute, die sich als vollständig unfähig erweisen, diese Prüfung zu bestehen, sollen nicht etwa gänzlich vom Gehen ausgeschlossen werden, sondern man gebe ihnen zu bestimmten Stunden den bestimmte Straßen frei! Auf diese Weise ist dem Massensterben der Berliner so lange ein Ende gesetzt, bis jeder ein Automobil hat und also nur noch „Führerscheine“ ausgegeben werden brauchen, eine Hoffnung, die bei der Regsamkeit der Automobilindustrie vielleicht bald in Erfüllung gehen wird!

A propos „Massensterben“! das ist jetzt in Berlin unter dem unglücklichen Hundevieh ausgebrochen: an zwei Tagen 1500 Hundeleichen. Vor einem Gebäude in der Schicklerstraße wartet täglich eine vielhundertköpfige Menge: „Tierschutzverein“ steht an dem Hause geschrieben. Ab und zu öffnet sich die Tür, eine Frau im weißen Kittel erscheint, winkt ein paar Leute zu sich heran und verschwindet wieder. Das Ende eines Lieblings der traurigen Hinterbli benen ist da. Tränen und Seufzer der Zuschauer begleiten jedesmal den traurigen Zug, der in der Pforte des Hauses verschwindet. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend wandert ein Hund nach dem andern in das düstere Gebäude in der Schicklerstraße, denn die Panik der Hundebesitzer über die wieder erhöhten Steuern hat sich noch nicht beruhigt. Die armen Viecher werden auch wirklich aller Lebensfreuden beraubt, nach der neuesten Bestimmung des Magistrats sollen sie auch in den städtischen Wäldern nur an der Leine sich ergehen; angeblich dem Schritt des Gebieters bleibt dem Hunde nichts anderes übrig, als stumpfsinnig hinterher zu trotten.

Während so auf alle mögliche Art und Weise an der Ausrottung des reizenden Vierfüßlers gearbeitet wird, hat ein junger Berliner Tierarzt das „Hundegebiß“ erfunden! Alle die süßen Schoßhündchen, die infolge von allzu viel Schokoladen und Bonbons ihre Zähne verloren und unter dem Wehklagen ihrer Gebieterinnen an Magen- und Darmbeschwerden dahinsiechten, sie bekommen heute plombierte Zähne, ja sogar Zahnbrücken. Schon heute läuft ein Hund mit des geschickten Doktors goldener Brücke munter durch die Straßen Berlin! „Vernunft wird Unsinn!“

Nächst dem Tierschutzvereinshaus findet heute in Berlin den größten Zuspruch das ..... Pfandhaus! Zur Zeit lagern in den Kammern des staatlichen Leihamtes rund 43 000 Pfänder! Tag täglich herrscht in dem unscheinbaren Hause in der Jägerstraße ein reger Verkehr, scharenweise streben die verschiedensten Gestalten, Pakete unter dem Arme, diesem Hause zu, an dessen Pforte ein schmuckloses Schild mit der Aufschrift „Staatliches Leihamt“ angebracht ist. Fast sämtliche Pfänder sind Bestandteile des notwendigsten Hausrates, wertvolle Schmucksachen werden kaum noch eingebracht. Ein trauriges Zeichen der zunehmenden Verarmung. Den armseligsten Umfang hat die Filiale des Leihamts in der Linienstraße; dort werden tatsächlich alle Knöpfe, schadhafte Uhren und ähnlicher Kram versetzt! Im vergangenen Monat haben an 1200 Personen das Leihamt aufgesucht, und man plant eine großzügige Verbesserung des Institutes mit Schalteranlagen und neuen Warteräumen für das Publikum. Eine Verbesserung, die keine Freude auslöst, denn sie wird nur durch die zunehmende Not erforderlich.

Ueberall dasselbe Lied: Pleite und wieder Pleite! Sogar die Kinder auf den Straßen haben ein Spiel erfunden, das den aktuellen Titel trägt: „Bist Du pleite?“ Dazu gehört eine Kiste mit künstlichem Geld und ein Trucktaten mit .... Wechseln. Jugend von heute! Aber auch die „Großen“ machen einen Ulk aus der Geschichte, so soll z. B. einer der großen Gesellschaftsbälle den wie versprechenden Titel tragen: „Unter Geschäftsaufsicht“.

Also viel Vergnügen! A. von [illegible]